

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

vol. XXXI 4-2015

## **GRAUZONEN DER ARBEIT**

Schwerpunktredaktion: Claudia Cerda-Becker,  
Johanna Sittel,  
Stefan Schmalz

Herausgegeben von:  
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

**Journal für Entwicklungspolitik (JEP)**  
**Austrian Journal of Development Studies**

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den  
österreichischen Universitäten

Redaktion: Tobias Boos, Julia Eder, Gerald Faschingeder, Karin  
Fischer, Margit Franz, Daniel Görgl, Inge Grau, Markus Hafner-Auinger,  
Karen Imhof, Johannes Jäger, Johannes Knierzinger, Bettina Köhler,  
René Kuppe, Bernhard Leubolt (verantwortlich), Jasmin Malekpour-  
Augustin, Andreas Novy, Clemens Pfeffer, Stefan Pimmer, Petra  
Purkharthofer, Kunibert Raffer, Lukas Schmidt, Gregor Seidl, Anselm  
Skuhra, Koen Smet

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),  
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster  
(Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz  
Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester),  
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter  
Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten  
(Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Clemens Pfeffer  
Umschlaggestaltung: Clemens Pfeffer  
Titelbild: Johanna Sittel

## Inhalt

- 4 CLAUDIA CERDA-BECKER, JOHANNA SITTEL, STEFAN SCHMALZ  
Die Grauzonen der Arbeit: Zum Verhältnis von Informalität  
und Formalität im globalen Kapitalismus
- 12 BIRGIT MAHNKOPF, ELMAR ALTVATER  
Informelle Arbeit und das Leben in Unsicherheit
- 36 ANDREA KOMLOSY  
Informalität aus globalhistorischer Perspektive
- 59 JOHANNA SITTEL, NATALIA BERTI, LUCIANA BUFFALO,  
STEFAN SCHMALZ, REGINA VIDOSA  
Reflexionen zum Informalitätskonzept am Beispiel der  
argentinischen Automobilindustrie
- 83 FLORIAN BUTOLLO, JAKOB KÖSTER, JOHN LÜTTEN  
Von der Informalität zur Prekarität? Die Widersprüche der  
Re-Regulierung von Arbeit in China
- 105 OLAF TIETJE  
Tagelöhner\_innen in Andalusien
- 125 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 130 Impressum

**BIRGIT MAHNKOPF, ELMAR ALTVATER**

### **Informelle Arbeit und das Leben in Unsicherheit**

Im vorliegenden Beitrag soll in historisch-kritischer Analyse geklärt werden, wie es dazu kommen konnte, dass – in der Regel national spezifische – Normen, die für einige Jahrzehnte im 20. Jahrhundert eine bestimmte Form der Lohnarbeit charakterisierten und zur Grundlage einer – freilich immer beschränkten – sozialen und ökonomischen Sicherheit in der Arbeits- und Lebenswelt wurden, unter dem Druck der alles überwölbenden, globalen Norm der Wettbewerbsfähigkeit aufgeweicht, unterlaufen, außer Kraft gesetzt werden.

In einem ersten Schritt werden die quantitativen Dimensionen der Verbreitung informeller Arbeit in den verschiedenen Weltregionen in gebotener Kürze beleuchtet. Der folgende Abschnitt erläutert, wie es im Verlauf der Durchsetzung kapitalistischer Lohnarbeit zur Herausbildung förmlicher Arbeitsverhältnisse kam. Im dritten Abschnitt wird argumentiert, dass die Form abhängiger und zugleich sozial geschützter Lohnarbeit in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Norm wurde, die weit über ihre politische und ökonomische Durchsetzung in den westlichen Industrieländern hinaus auch für die von internationalen Institutionen erzwungene „nachholende Entwicklung“ im globalen Süden Geltung gewinnen konnte. Anschließend wird die zentrale These dieses Beitrags präsentiert: Unter den Bedingungen globaler Märkte und der alle anderen Normen überlagernden Norm der Wettbewerbs- und Schuldendienstfähigkeit in einem nur noch eingeschränkt von nationalstaatlicher Politik kontrollier- und steuerbaren Raum verdrängen unterschiedliche Erscheinungsformen der informellen Arbeit seit Ende der 1970er Jahre überall in der Welt die – je nach historischem Kontext unterschiedlich stark – sozial geschützten Arbeitsverhältnisse. Diese Tendenz wurde von den VerfasserInnen als „Globalisierung der Unsicherheit“ (Altvater/Mahnkopf 2002) bezeichnet

und wird dem in der aktuellen Debatte verbreiteten Begriff der „Prekarisierung (von Arbeit)“ vorgezogen. Am Schluss des Artikels wagen wir einen Ausblick auf zukünftige Tendenzen der Informalisierung – auf das mögliche Abdriften in Sphären der Kriminalität, die wachsende Bedeutung der digitalen Arbeit, die Informalisierung von Bergbau und Recycling und nicht zuletzt auf die gravierenden Folgen der Finanzkrisen für die Formen der Arbeit.

## **1. Die Vorherrschaft informeller Arbeit in der Welt der Gegenwart**

Mehr als 2,2 Milliarden Menschen, das entspricht bei derzeit 7,1 Milliarden Menschen mehr als 30 Prozent der Weltbevölkerung, sind „vielfältiger Armut“ ausgesetzt, 12 Prozent leiden chronisch unter Hunger. 80 Prozent aller ErdenbürgerInnen haben nur unzureichenden sozialen Schutz, resümiert der „Human Development Report“ des UN Development Program im Jahre 2014 (UNDP 2014: 3). Damit wird nicht nur die Realität in den globalen Armutsregionen, sondern auch die Lebenswirklichkeit vieler Menschen in den reichen europäischen und nordamerikanischen Ländern umschrieben. Das ist nicht verwunderlich, denn in der Hälfte aller Länder ist die Einkommensungleichheit in den letzten 25 Jahren gestiegen. Wenn die Staaten infolge fiskalischer Restriktionen keine öffentlichen Güter bereitstellen und obendrein in neoliberalen Überschwang die natürlichen Gemeingüter privatisiert werden, wird für immer mehr Menschen der Zugang zu den zum Leben (nicht selten zum Überleben) notwendigen Gütern erschwert. Denn es fehlt ihnen die monetäre Kaufkraft, um Güter und Dienstleistungen auf dem Markt zu beschaffen. Die Liberalisierung von Märkten und deren politische Deregulierung, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und der natürlichen Allmende sowie die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit in aller Welt sind dabei, die gewohnten Formen des sozialen Lebens und der Reproduktion der Gesellschaften zu zerbrechen.

Das hat zur Folge, dass eine Mehrzahl der arbeitenden Menschen, nämlich ca. 60 Prozent (oder ca. 1,8 Milliarden), in der einen oder anderen Weise von der informellen Ökonomie abhängt, während nur 1,2 Milliarden (40 Prozent) in der formellen Ökonomie ein Auskommen finden

(OECD 2009). Daran hat auch das in vielen Regionen der Welt in den letzten Jahren deutlich positive ökonomische Wachstum nichts geändert. Statistische Schätzungen weisen für alle Weltregionen über Jahrzehnte hinweg eine erstaunliche Stabilität der informellen Ökonomie aus: In Subsahara-Afrika liegt der Anteil der informellen Beschäftigung weitgehend unverändert bei knapp 80 Prozent, in den Ländern Süd- und Südostasiens bei 70 Prozent – mit der Ausnahme Indiens, wo mehr als 90 Prozent aller Arbeitsplätze als „unorganisiert“, also als informell gelten und die formelle Ökonomie fast identisch mit dem öffentlichen Sektor ist. In Lateinamerika, wo – anders als in Afrika und in Asien – informelle Arbeitsverhältnisse häufiger in der Form des *subcontracting* im Rahmen globaler Produktions- und Wertschöpfungsketten verbreitet sind, sank der Anteil der informellen Arbeit in den letzten Jahren zwar leicht (im Durchschnitt auf 50 Prozent). Doch betraf diese Entwicklung keinesfalls alle Länder der Region; in Mexiko und Paraguay sind nach wie vor weit mehr als 60 Prozent der Beschäftigten in der informellen Ökonomie tätig. Für Nordafrika wird die informelle Beschäftigung auf über 50 Prozent, für Westasien auf ca. 40 Prozent und für die Länder in Zentral- und Osteuropa auf ca. 25 Prozent geschätzt (vgl. OECD 2009; ILO 2013).

China stellt insofern einen Sonderfall dar, als hier – anders als in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern – kapitalistische Industrialisierung, ökonomisches Wachstum und beschleunigte Urbanisierung seit dem Ende des planwirtschaftlichen Regimes eine parallele Entwicklung verzeichnen. Allerdings vergrößerte sich während der letzten drei Jahrzehnte hohen ökonomischen Wachstums, in denen das Land zur „Werkstatt der Welt“ wurde, auch die soziale Ungleichheit in einem atemraubenden Tempo (Gosh 2010). Zwar gelang es, in großem Umfang ausländische Direktinvestitionen ins Land zu ziehen und dadurch insgesamt 20 Millionen formelle Arbeitsplätze (mit keineswegs ausreichender Vergütung und ausreichendem sozialem und rechtlichem Schutz) zu schaffen. Doch geschah dies im Rahmen einer von der Regierung „geplanten Informalisierung“, der eine Mehrzahl der Arbeitsplätze in der einstmaligen großen formellen (Plan-)Wirtschaft zum Opfer fiel. Die chinesische Regierung betrachtet eine große informelle Ökonomie als „komparativen Kostenvorteil“ im Standortwettbewerb. Auf die auch anderswo im kapitalistischen Weltsystem (in Indien und Brasilien beispielsweise) verfolgten Strategien

der Informalisierung der Arbeit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Standorten kommen wir im vierten Abschnitt zurück.

Wird die mit Erwerbstätigkeit verknüpfte soziale Sicherheit als Maßstab genommen, verfügen nach dem jüngsten Bericht der ILO über den Weltarbeitsmarkt (2015) drei Viertel aller arbeitenden Menschen über keine sozial abgesicherte Vollzeitstelle mit festem Vertrag und sicherem Gehalt. Dort, wo Arbeitsbeziehungen lange Zeit formell geregelt waren, werden diese flexibilisiert und dereguliert; bislang verlässliche Normen „weichen auf“, gesellschaftliche Formen, die den Normen soziale Gestalt geben könnten, lösen sich ins Informelle auf, und in der Folge nehmen auch prekäre Lebensverhältnisse und die Armut der Arbeitenden zu. Formell geordnete soziale Verhältnisse werden deformiert (vgl. dazu ausführlich Altvater/Mahnkopf 2002: Kap. 1). Dieser Prozess könnte als Prekarisierung bezeichnet werden.

In den Ländern des globalen Südens, wo die Zerstörung kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft noch nicht abgeschlossen ist und die Migration in die urbanen Zentren anhält, gibt es – außer in China und in einigen wenigen anderen Ländern – gar keine Industrie, die jene „industrielle Reservearmee“ aufnehmen könnte, die durch die seit Jahrzehnten anhaltende „accumulation by dispossession“ (Harvey 2005; Altvater 2005: 92ff) erzeugt wird. Daher wird die von Mike Davis und Tayyab Mahmud so bezeichnete „surplus humanity“ (Davis 2007: 23; Mahmud 2011) auf dem „dumping ground“ der informellen Ökonomie in den Städten entsorgt (UN-HABITAT 2003: 46). „The brutal tectonics of neoliberal globalization since 1978“, so Mike Davis, „are analogous to the catastrophic processes that shaped a ‚Third World‘ in the first place, during the era of late-Victorian imperialism (1870–1900)“ (2007: 174). Schon David Ricardo sprach zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der „redundant population“, die im Zuge der kapitalistischen Modernisierung erzeugt würde (Ricardo 1817/1959).

Wer in einer Geldwirtschaft nicht über Geld verfügt, mit dem er/sie sich auf den freien Warenmarkt begeben kann, ist verwundbar und daher gezwungen, das Einkommen durch Kleinhandel, Barter/Tauschhandel oder mit Gelegenheitsarbeit zu erwirtschaften. In der Regel handelt es sich dabei um eine Tätigkeit, die weder vertraglich geregelt noch staatlich geschützt ist und die vor allem keine Verhandlungsmacht garantiert.

„Informalisierung“ ist auch der Ausweg, wenn das von Philipp McMichael so bezeichnete globale „corporate food regime“ (2005) seinen Preis fordert. Erzwungen wird dieses Regime mit neoliberalen Freihandelsabkommen. Seine Folge aber ist, dass auch das Leben von Kleinbauern und Fischern so prekär wird, dass ländliche Haushalte im globalen Süden auf eine Diversifikation der Einkommensquellen angewiesen sind. Folglich müssen sie das Überleben durch eine Kombination von Subsistenzproduktion und Einkommen aus zusätzlicher, zumeist unregelmäßiger selbständiger oder lohnabhängiger Arbeit bestreiten.

Diese Tendenz lässt sich seit den 1970er Jahren feststellen (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002; ILO 2013; OECD 2009; Standing 2011). Sie bekam mit der globalen Finanzkrise seit 2008 einen mächtigen Schub. Die Ungleichheit ist zu einem Skandal geworden, der sich nicht nur in den Daten ausnahmslos aller Reports aller internationalen Organisationen widerspiegelt, sondern der auch für den Hype um Publikationen wie „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty (2014) sorgt, weil die Ursachen der Ungleichheit in der kapitalistischen Dynamik aufgespürt werden und daher nicht als Ausrutscher oder als Resultat von wirtschaftspolitischen Fehlern abgetan werden können, die bei der nächsten Wahl zu korrigieren sind. Die monetäre Ungleichheit hat immer zwei Seiten: den extrem wachsenden Reichtum der wenigen (den der „1 Prozent“ und mehr noch den der 0,001 Prozent) und die ebenfalls zunehmende Einkommens- und Vermögensarmut der vielen (der „99 Prozent“). Dass die Armut nicht unbedingt in die Verelendung führt, auch wenn – wie das UNDP ebenfalls zeigt – mit der Armut ebenfalls Krankheiten, Hunger und physische, psychologische und soziale Verletzlichkeit zunehmen, ist der weltweit verbreiteten Tendenz zu einem informellen Umgang mit Arbeits- und Lebensverhältnissen geschuldet. Informalisierung, sei es als „own account worker“ oder „Solo-Selbständige/r“ (vgl. Brenke 2015), als abhängige/r Lohnarbeiter/in, als Klein- und Kleinstunternehmer/in oder als „mithelfende Familienangehörige“, die oft zusätzlich und un(ter)bezahlt – wie es auf eine Mehrheit aller Frauen überall in der Welt zutrifft – Arbeit in privaten Haushalten verrichten, ist daher der Ausweg, wenn die formellen Arbeits- und Lebensverhältnisse das Abrutschen in soziale Unsicherheit nicht verhindern.

Seit Ausbruch der großen Weltfinanz- und Schuldenkrise 2007/08 entstehen neue Arbeitsplätze nahezu ausschließlich in der informellen

Ökonomie sowie in den Bereichen der formellen Ökonomie, die sich im Hinblick auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nur marginal von der sozioökonomischen Unsicherheit und strukturellen Rechtlosigkeit unterscheiden, die die Arbeit der Informellen auszeichnet.

## **2. Die Formung des Regimes der Lohnarbeit**

Fast die gesamte Menschheitsgeschichte ist dadurch gekennzeichnet, dass Menschen zu Standards leben und arbeiten mussten, die der „Normalität“ eines historisch gegebenen „Lebensstandards“ in einer umgrenzten, historisch gewachsenen, national oder ethnisch identitären Gesellschaft nicht entsprachen (Geremek 1988). Mit der anschaulichen Beschreibung der Arbeit von Tagelöhnern im Hafen von Neapel vermittelt Johann Wolfgang von Goethes Bericht von seiner Italienreise in den Jahren 1786–1788 eine Vorstellung von Arbeit, die wir heute als „informell“ bezeichnen würden. Der Begriff „Informalität“ freilich existierte zu Goethes Zeiten aus verständlichen Gründen nicht. Auch Schilderungen der Lebens- und Arbeitsumstände, denen die Menschen zur selben Zeit in Dublin oder London ausgesetzt waren, dürften an die Situation in den Slums der heutigen Welt erinnern – und doch wird sicherlich in keiner dieser oftmals literarisch großartigen Schilderungen von Charles Dickens oder Émile Zola das Adjektiv „informell“ vorkommen. Denn eine gesellschaftlich verbindliche Form von Arbeit und eine staatlich festgesetzte Währung – die Errichtung des Monopols der in einer Geldgesellschaft verbindlichen Geldform, wenn das Gold nicht mehr die einzige verbindliche Geldware ist – gibt es erst seit dem 19. Jahrhundert. Vorher gab es viele Formen von Arbeit, differenziert nach Berufen, nicht aber eine vorherrschende Form von Arbeit und Lohn (das „normale“ Lohnarbeitsverhältnis) – und es gab keinen ausgebildeten und daher die Qualifikationen, die Einkommen und Arbeitsbedingungen „normierenden“ Arbeitsmarkt. Eine förmliche Währung war kein Thema, weil die Geldform als Barren von Gold oder Silber oder in anderen Legierungen ehern gegossen war oder als Warengeld existierte.

Von informeller Arbeit zu sprechen – sei es in der Bedeutung von informellen Unternehmen (mit und ohne abhängig Beschäftigte) oder

informeller Lohnarbeit –, macht daher erst nach der Verallgemeinerung der Lohnarbeit Sinn (vgl. Komlosy 2014). Dabei ist zur Vermeidung von idyllischen Vorstellungen nicht zu vergessen, dass die „Formalisierung“ der Arbeit als Lohnarbeit eine Zwangsmaßnahme war, die mit Gewalt durchgesetzt wurde. Die Deformation tradierter Formen und das Oktroi neuer verbindlicher, ja verpflichtender Normen und Formen ist selten eine freundliche Besserung, zumeist handelt es sich um einen brutalen Akt (vgl. dazu insbesondere Thompson 1987). Die erzwungene Annahme neuer sozialer Formen führte (ausgehend von Europa) in die Form der „doppelten Freiheit“ der Lohnarbeit – über die Enteignung der Bauern im Zusammenhang mit der Aneignung von Land durch die neuen Grundherren und kapitalistischen Pächter (in England die Enclosures), über die Verarmung (Pauperisierung) großer Massen der Bevölkerung und die Einrichtung von Zuchthäusern für „freigesetzte“ und daher arbeitslose Menschen und über viele andere Zwangsmaßnahmen. Arbeitslose wurden als arbeitscheu verurteilt, so wie heute rigide Maßnahmen gegen Arbeitslose mit der neoliberalen Rechtfertigung, sie seien an ihrem Geschick selbst schuld, begründet werden.

Die Freisetzung war das Resultat der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ (vgl. deren klassische Analyse von Marx im ersten Band des Kapitals – MEW 23, 24. Kapitel). Sie waren und sind frei von Produktionsmitteln und daher abhängig von ihren neuen „Arbeitgebern“, die es in der Geschichte zuvor als Marktakteure nicht gab. Sie sind frei, auf dem nun entstehenden Arbeitsmarkt die Arbeitskraft verkaufen zu können – und zu müssen, weil anders die Reproduktion der Familie nicht gesichert werden kann. Denn die für die menschliche Sicherheit benötigten Güter und Dienste sind nur mehr mit Geld auf Warenmärkten zu kaufen, das als Lohneinkommen erst verdient werden muss. Die „ursprüngliche kapitalistische Akkumulation“ ist ein historischer Prozess der Klassenscheidung, der Herausbildung jener Formen der kapitalistischen Produktionsweise, die erst das Nicht-Formelle, die Informalität, als etwas „Nicht-Normales“ erkennen lassen.

Wo es weder eine die Gesellschaft insgesamt kennzeichnende Normalität noch verbindliche soziale Formen gesellschaftlicher Reproduktion gibt, kann sich auch Informalität nicht breitmachen, selbst wenn es trotz aller historischen Unterschiede ein gemeinsames Kennzeichen gibt,

nämlich die Unsicherheit der Lebensgestaltung. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wird – zunächst in Europa – eine Mehrheit derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Hände Arbeit leben mussten, in eine Situation „massenhafter Verwundbarkeit“ (Castels 2000: 29) getrieben. Dieser Prozess „ruiniert“ die „freien Armen“ und führt zur „Entdeckung der sozialen Frage“. Das ist die Bedingung dafür, Arbeitsverhältnisse als informell zu interpretieren, weil sie einer historisch bestimmten Form und Norm nicht mehr entsprechen. Umgekehrt: Wenn Form und Norm der Lohnarbeit nicht deutlich herausgearbeitet werden, ist es kaum möglich, den Prozess der Informalisierung zu verstehen. Dann werden Prekarität und Prekarisierung zu begrifflichen Surrogaten, die zwar der mit Informalisierung verbundenen Unsicherheit Ausdruck verleihen, aber das, was Informalisierung im Prozess der Kapitalakkumulation ausmacht, begrifflich nicht erfassen.

Es brauchte dann einige Zeit, bis die Form der freien Lohnarbeit den Ruf der minderwertigen und verachteten Arbeit verlor und als „Quelle des gesellschaftlichen Reichtums“ bezeichnet wurde. John Locke interpretiert die Arbeit als Schöpferin des Eigentums, das die bürgerliche Freiheit des Einzelnen möglich macht. William Petty sieht in der Arbeit den „Vater“ (und in der Natur die „Mutter“) allen gesellschaftlichen Reichtums. Für Adam Smith ist Wertbildung nur möglich, wenn gearbeitet wird, und dieser Idee folgt die klassische Politische Ökonomie, bis Karl Marx die Bedeutung der gesellschaftlichen Form, in der Arbeit geleistet wird, hervorhebt: Nachdem erst einmal die historische Verbindung zwischen Land respektive Werkzeug und Arbeiter aufgelöst ist und daher die notwendigen Produktionsmittel – die mittlerweile dem Kapitalisten gehören – vom (abstrakten) Arbeitsvermögen getrennt sind, wird Arbeit zur warenproduzierenden abhängigen Lohnarbeit, die Quelle nicht nur des „Wohlstands der Nationen“ (Adam Smith), sondern des „Mehrerts des Kapitals“ (Marx 1953: Kap. 23-25) ist. In dieser Form ist Arbeit auch die Quelle von Akkumulation und Wachstum, also die Triebkraft der kapitalistischen Modernisierung. Zugespißt könnte man daher schlussfolgern, dass erst seit Marx' Formanalyse der Arbeit die Möglichkeit besteht, Informalität und ihre Dynamik zu interpretieren.

Die frühen Lohnarbeiter konnten sich nicht als Teil der Gesellschaft verstehen; sie „kämpier[t]en inmitten der abendländischen Gesellschaft

[...], ohne darin Platz zu finden“ (Castels 2000: 278); damit knüpft Castels an Formulierungen von Auguste Comte aus dem frühen 19. Jahrhundert an. Aber auch fast 200 Jahre später bezeichnet Guy Standing (2011) das „Prekariat“ des 21. Jahrhunderts als „denizens“, als Menschen, denen der Status eines „citizens“ verwehrt wird. Mit der Aufhebung der traditionellen Arbeitsregulierungen, die in vor- und protokapitalistischen Zeiten für eine nach Berufen unterschiedliche Ordnung der sozialen Beziehungen zwischen Meister, Gesellen verschiedener Kategorien und Lehrlingen gesorgt hatten, und mit der Etablierung organisierter Arbeitsmärkte in den Städten gingen auch die tradierten Netzwerke sozialer Sicherung einschließlich der Sicherheit eines Arbeitsplatzes verloren. Die Arbeitsverhältnisse wurden aus ihren sozialen Zusammenhängen „entbettet“ (Polanyi 1978), und dadurch kann die Verwundbarkeit durch persönliche und gesellschaftliche Krisen und Katastrophen zu einem Dauerzustand werden – der gestern wie heute wieder Millionen von Menschen in unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse bringt und vielfach zur Migration zwingt.

Der unerträgliche Zustand chronischer Unsicherheit und Verwundbarkeit kann nur auf zwei Weisen überwunden werden: Entweder geschieht dies, wie Karl Polanyi (1978) hervorhebt, durch die Entwicklung von institutionellen Schutzmechanismen, die Sand in die „Satansmühle des Marktes“ streuen, um das teuflische Mahlwerk zum Stillstand zu bringen. Ein institutionelles Ensemble, das zu dieser Leistung in der Lage ist, kommt nur durch gesellschaftliche Aktion, durch die soziale und politische Intervention der Arbeiterbewegung, durch Klassenkampf zustande, dadurch, dass laut und vernehmlich die Stimme zum Protest gegen die unerträglichen Verhältnisse erhoben und Reformen durchgesetzt werden. In Albert O. Hirschmans Typologie (1970) wäre dies die Wahrnehmung der „voice“-Option. Wenn diese erfolgreich ist, kommt am Ende eines mehr oder weniger langen und konfliktreichen Prozesses ein Ensemble neuer sozialer Formen zustande, die unter neuen historischen Bedingungen wieder verlässliche Verhältnisse und daher soziale Sicherheit bieten.

Die andere Option ist die des „exit“ (ebd.): Auf dem Arbeitsmarkt wird der Notausgang in die informelle Ökonomie gewählt, auch wenn diese häufig gar keine Verbesserung der Lage und keine Zukunftsperspektive

für die Betroffenen bietet. Es zeigt sich dann, dass im Vergleich mit „voice“ die „exit“-Option gehörige Nachteile aufweist. Neoliberale Sozialwissenschaftler wollen dies allerdings nicht wahrhaben. Denn Institutionen erscheinen ihnen als „Rigiditäten“ und „Verkrustungen“, mithin als fortschrittsfeindlich und als Hindernisse der preisgesteuerten freien Marktprozesse (vgl. dazu insbesondere de Soto 1990). Wo indes Stützen eines Korsetts demontiert werden, das gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen eine dauerhafte, gediegene, würdevolle Form geben kann (was innerhalb des ILO-Diskurses „decent work“ genannt wird), beginnen die Prozesse der Informalisierung. Informalität ist daher die Antwort auf die Unsicherheit der Lebenslage, ohne sie wirklich überwinden zu können – weil diese mit der proletarischen Existenz verbunden ist und sich nicht erst aus prekären Verhältnissen ergibt.

### **3. Politische und ökonomische Normierung des Arbeitsverhältnisses**

Das durchschnittlich entlohnte, existenzsichernde und kollektiv geschützte „Normalarbeitsverhältnis“ wurde zum Leitbild und für einige Jahrzehnte während des 20. Jahrhunderts der Maßstab, an dem sich die wirklichen Arbeitsverhältnisse ausrichten sollten. Die Norm hat aber nur die Kraft des Faktischen unter der Bedingung kräftigen wirtschaftlichen Wachstums, wenn sich, wie im „goldenen Zeitalter“ des Kapitalismus von etwa Mitte der 1950er bis Ende der 1970er Jahre, ökonomisches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (das Warenangebot) und die Masseneinkommen (die Nachfrage nach Waren) annähernd parallel entwickeln. Diese goldenen Zeiten sind allerdings schon seit vielen Jahren vorüber. Die realen Wachstumsraten gehen in allen Industrieländern zurück. Je geringer das Wachstum, desto lauter schallt der Ruf nach „Wachstumsbeschleunigung“. Je weniger die Wachstumsnorm von der Realwirtschaft erfüllt wird, desto zwanghafter ihre Beschwörung. Wachstum, ja mehr noch Beschleunigung des Wachstums wird in Deutschland sogar gesetzlich verordnet. Wachstum als Norm muss erzwungen werden, damit die sozialen Formen, darunter auch die Reste des „Normalarbeitsverhältnisses“, erhalten werden können.

Nun aber zeigt es sich, dass Wirtschaftswachstum und der Ausbau sozialer Rechte auch in den reichen Industrieländern keine „intrinsische“ und synergetische Beziehung eingegangen sind, sondern bestenfalls in „loser Kopplung“ (Granovetter 1973) existieren: Soziale Sicherheit ist keinesfalls eine Begleiterscheinung oder – wie es lange Jahre schien – sogar eine Voraussetzung von Wirtschaftswachstum. In der Zeit nach den physischen und ökonomischen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs ist es in Westeuropa fraglos gelungen, einen finanz- und steuerpolitischen Kurswechsel in Gang zu setzen, der dem Kapital einige Sozialpflichten auferlegte (Piketty 2014). Deren Durchsetzung wurde durch die sozialen Erschütterungen des Krieges und nicht zuletzt durch die Existenz der „realsozialistischen“ Alternative in Mittel- und Osteuropa erleichtert. Die Folge war, dass nun die eigentumslosen Lohnabhängigen in Ergänzung zu den bürgerlichen und politischen auch soziale Rechte erhielten, die Verhaltens- und Orientierungssicherheiten boten, die es zuvor für sie nie gegeben hatte. Ein tariflich normiertes, regelmäßiges (Familien-)Einkommen, auf Dauer angelegte Arbeitsverträge, Vollzeitarbeit und daran gekoppelte Ansprüche auf soziale Leistungen, dazu Beförderungsmöglichkeiten im Rahmen der Organisationsstrukturen und Regeln für Aufstiegsmobilität machten das Leben von Menschen, die ihre Existenzsicherung auf Erwerbsarbeit gründen müssen, für eine vergleichsweise lange Phase überschaubar und daher planbar. Zugleich wurde das Dauerrisiko des Arbeitsplatzverlustes durch Schutzregelungen formal ver- und damit abgesichert. Das galt insbesondere für die Länder West- und Nordeuropas und wurde unter dem Etikett eines „European Social Model“ lange Zeit als ein „Exportmodell“ betrachtet (vgl. Hermann/Mahnkopf 2010).

Vor allem im nachfaschistischen Deutschland wurde diese Verknüpfung zu einer wesentlichen Grundlage der Demokratisierung und Zivildisierung der Gesellschaft. Auch wenn dies keineswegs zum Abbau sozialer Ungleichheit führte, wurde dadurch die strukturelle Machtlosigkeit von abhängig Arbeitenden substanziell verringert. In kapitalistischen Gesellschaften, in denen dem Prinzip nach nur Eigentum Sicherheit schaffen kann, sorgten staatlich geschützte soziale Rechte und ein durch Erwerbsarbeit erworbener sozialer Status – wenn auch in der Regel nur für männliche Lohnarbeiter – dafür, dass die Verletzbarkeit der Menschen durch wirtschaftliche Krisen spürbar abgefedert wurde. Dies war die Grund-

lage dafür, dass die eigene Lebensplanung langfristig kalkulierbar werden konnte.

Vor allem wurde die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Diensten zu einer Garantie des Schutzes vor desaströsen Wirkungen, die von den „Sachzwängen“ unberechenbarer Wettbewerbsmärkte, insbesondere von der „Satansmühle“ des Arbeitsmarktes, ausgingen. Die Europäische Union galt dabei lange Zeit als vorbildlich (dazu vgl. Mahnkopf 2003, 2008). Denn fraglos stellt die Verknüpfung von Arbeit und sozioökonomischer Sicherheit eine der großen Innovationen der industriegesellschaftlichen Moderne des 20. Jahrhunderts dar. Das Normalarbeitsverhältnis hat die menschliche und daher auch die soziale Sicherheit verbessert: erstens einen Arbeitsplatz bekommen zu können, zweitens ein der Tätigkeit adäquates und vor allem existenzsicherndes Einkommen zu erhalten, drittens vor willkürlicher Entlassung geschützt zu sein, viertens durch einen (kontinuierlich verbesserten) Arbeits- und Unfallschutz vor gesundheitlichen Risiken der Arbeit bewahrt zu werden, fünftens eine klar begrenzte Arbeitszeit zu haben und sechstens unsoziale Arbeitszeiten so weit als irgend möglich vermeiden zu können. Dazu kam siebtens die Vertretungssicherheit, also die Gewährleistung kollektiver Interessenvertretung auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz im Betrieb. Unabhängige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die Tarifautonomie und das Streikrecht gaben dem niemals ganz stillgestellten Klassenkonflikt eine institutionelle Form (vgl. ILO 2004). Kurzum: Es gab gesicherte Rechte und Möglichkeiten, von einer „voice“-Option Gebrauch zu machen, Widerspruch anmelden zu können gegen Verhältnisse in der Arbeit, die als unterdrückend, ausbeuterisch oder entwürdigend empfunden wurden.

Die Blütephase des (fordistischen) Normalarbeitsverhältnisses war zugleich die Zeit, in der auch das Geldverhältnis in hohem Grade formalisiert war. Die Institutionen, die nach dem Ende der Goldwährungen im Verlauf und in Konsequenz des Ersten Weltkriegs die je nationalen Währungen und das System der Währungen in Form hielten, sind die Zentralbank und – seit Etablierung des Bretton-Woods-System nach dem Zweiten Weltkrieg – ein „internationaler Währungsfonds“, der die internationale Funktion der Währungen als Zirkulations- und Zahlungsmittel reguliert hat. Dem Gold kam in diesem System die Rolle des Wertankers für den US-Dollar als Leit-, Interventions-, Handels- und Reservewährung zu,

auf die sich alle anderen Währungen mit festen Kursen (Schwankungsbreite +/- 2,25 Prozent) bezogen. Diese internationale Währungsordnung präfigurierte das je nationale Geldverhältnis. Denn der Spielraum für Fiskal- und Geldpolitik war weitgehend durch die festen Währungsrelationen definiert. Strenge Regeln für den Kapitalverkehr behinderten unkontrollierte grenzüberschreitende Kapitalbewegungen und damit zugleich Geldwäsche und andere illegale oder kriminelle finanzielle Manipulationen.

All dies zusammengenommen machte das historische „Normalarbeitsverhältnis“ aus, das nachgerade verehrt wird, seitdem es durch die Informalisierung der Arbeit und die wachsende Unsicherheit des Lebensgefüges sowie die Krisen der Währungen und der Finanzen zerstört wird. Der Anteil der Löhne und Gehälter an der Wirtschaftsleistung ist seit den 1990er Jahren gesunken, in Europa, in den USA und in den meisten alten Industrieländern. Das hat Pikettys (2014) Untersuchung nochmals bestätigt. In diesem Prozess regressiver Umverteilung sind auch die sozialen Formen des „Normalarbeitsverhältnisses“ zersprungen.

#### **4. Vom Normalarbeitsverhältnis zur Norm der Wettbewerbsfähigkeit**

Auch wenn das „Normalarbeitsverhältnis“ selbst in der Blütezeit des Fordismus nie für alle Lohnabhängigen in den modernen Arbeitsgesellschaften Gültigkeit hatte, wurde es doch zu einer hegemonialen Norm, die vergleichsweise robust war – bis sie von dem Tsunami von Deregulierung, Liberalisierung, Flexibilisierung und Privatisierung unterspült wurde und ihre Tauglichkeit als fester sozial- und rechtspolitischer Maßstab verlor.

Denn die Integration nationaler Ökonomien in den Weltmarkt generiert neue Normen, die den Regelwerken, die sich in langen Fristen im nationalstaatlichen Rahmen herausgebildet haben, häufig widersprechen (vgl. zum Folgenden Altvater/Mahnkopf 2002: Kap. 2). Eine besondere Bedeutung haben dabei erstens Kriterien der lokalen (oder nationalen) Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb. Hinzu kommt zweitens eine Restrukturierung von zentralen gesellschaftlichen Bereichen, die bislang nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls gestaltet wurden (Bildung, Gesundheitsversorgung, die Institutionen der Alterssicherung, öffentliche

Verwaltung und Ähnliches), nach den durch Märkte vorgegebenen Kriterien der monetär gemessenen Effizienz. Drittens werden Produktions- und Produktstandards sowie Konsum-, Denk- und Verhaltensmuster im globalen Raum verallgemeinert. Auch Techniken, die Sprache im globalen Raum, die Organisation und Regulation von Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die Normen des Wirtschaftsrechts, das Rating von privaten und souveränen Schuldnern und Investitionsprojekten durch private Ratingagenturen, die Protokolle des Datenverkehrs im Internet und nicht zuletzt die Kriterien der Schuldendienstfähigkeit von Nationalstaaten auf globalen Finanzmärkten üben eine normierende und daher formell regulierende Kraft in allen Gesellschaften aus, die sich dem Weltmarkt öffnen.

Die Durchsetzung der Normen erfolgt im globalisierten Kapitalismus, wenn durch Schulden und Schuldendienst erzwungen, gewaltförmig. Die Gewalt hat einen Namen, er lautet *Austerity*. In der Tendenz hat diese Entwicklung zur Folge, dass Normalität nicht mehr im durch den Nationalstaat umschriebenen gesellschaftlichen Raum entsteht, sondern durch globale Standards überformt wird. Diese sind immer noch zumeist US-amerikanischen Ursprungs, auch wenn sie heute von normsetzenden privaten Konzernen wie Google oder Facebook stammen. Im Rahmen der EU werden sie als harte Zwangsmaßnahmen der *Austerity* mit den Maastricht-Kriterien angeherrscht. Auch in den makroregionalen Handelsabkommen des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts wie in der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) geht es in erster Linie, wie deren Protagonisten explizit erklären, darum, die eigenen Normen und Standards im Handel von Waren und Dienstleistungen, bei Investitionen und im Datentransfer überall auf dem Weltmarkt durchzusetzen.

Dort, wo zuvor sozialstaatliche Normen und die dementsprechend ausgebildeten Formen eine gewisse Prägekraft entfaltet hatten, werden diese nun deformiert, um einer anderen dominanten Norm Genüge zu tun: der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“ auf inzwischen globalisierten Märkten. Am Standort sind wichtigstes Kriterium die Lohnstückkosten, die unter das Niveau der Konkurrenz gedrückt werden (sollen). Also wird alles getan, um die Produktivität zu steigern und die Arbeitskosten zu senken. Kostspielige sozialstaatliche Schutzrechte werden dabei zum Hindernis und folglich abgebaut. Die sozialen Formen, die die Einhaltung der Normen des Arbeitsverhältnisses gesichert haben, werden

zertrümmert. Gewerkschaften werden entmachtet, weil der Schutz der Arbeit gegen Lohnminderung, Ausdehnung der Arbeitszeiten, Entlassungen etc. die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann. Die schützenden Formen der Arbeit werden zum „Handelshemmnis“. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität hat die Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge, und das Wachstum kann längst nicht mehr so gesteigert werden, dass die Freigesetzten wieder in den förmlichen Arbeitsprozess (re-)integriert werden. Also nimmt die Arbeitslosigkeit zu, die Gewerkschaften werden dadurch geschwächt und Individual- und Sozillöhne können beschnitten werden. Sozioökonomische Unsicherheit ist die notwendige Folge. Sie wird zum Markenzeichen der neuen Welt des Neoliberalismus, auch in den entwickelten Industrieländern mit langer sozialstaatlicher Tradition. Mit den Normen, die das „Normalarbeitsverhältnis“ ausmachen, werden also die Formen der Arbeit aufgeweicht und „informalisiert“, um der neuen Norm der Wettbewerbsfähigkeit im globalisierten Kapitalismus Geltung zu verschaffen.

Das System monetärer Formalität, für die nicht zuletzt das Bretton-Woods-System steht, geriet zur gleichen Zeit in die Krise wie das Normalarbeitsverhältnis; zu Beginn der 1970er Jahre brach es zusammen. Seitdem werden auch auf internationaler Ebene alle „Rigiditäten“ auf allen Märkten in Frage gestellt und nach und nach abgeschafft. Die Bildung der Wechselkurse wurde den Akteuren auf den Finanzmärkten und nicht mehr den Zentralbanken und politischen Institutionen überlassen. Auch die Zinsbildung (einschließlich des Risikoaufschlags) erfolgt seither durch Marktakteure, also durch die global operierenden Banken, Fonds und Ratingagenturen. Das ist bei der Bildung des Lohns, des Ölpreises und anderer Warenpreise auf mehr und mehr globalisierten und deregulierten Märkten nicht anders.

Nun kann die Befolgung von Normen, die im nationalstaatlichen Kontext soziale Geltung haben, in die Informalität treiben, weil globale/supranationale Normen andere Anforderungsprofile als bisherige nationale Normen verlangen. Das Normalarbeitsverhältnis gerät unter Stress, dem mit dem Formwandel der Arbeit begegnet wird. Treiber dieses Formwandels in Richtung Informalisierung der Arbeit sind die liberalisierten Finanzmärkte nach dem Kollaps des Bretton-Woods-Systems. Die „neoliberale Konterrevolution“ (Friedman 1962) ergreift auch die Arbeitswelt.

Die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte geraten in eine Finanzkrise nach der anderen. Das geschieht keineswegs zufällig oder als Folge wirtschaftspolitischer Fehler. Denn die enorm wachsenden Geldvermögen müssen angelegt werden und brauchen daher Schuldner, die die von Geldvermögensbesitzern erwarteten Renditen produzieren können. Doch die Leistungsfähigkeit der Schuldner ist begrenzt. Diese Grenzen, die durch die Naturbedingungen „am Standort“ und durch die formellen sozialen und politischen Verhältnisse bestimmt sind, werden durch politische Eingriffe verschoben. Immer ist der oberste Zweck die Wertsicherung von Geldvermögen im „finanzgetriebenen“ Kapitalismus, also die Sicherung der Renditen von Gläubigern. Schuldner werden nun politisch zum Schuldendienst gezwungen. Sie müssen alle Formen verändern, die der Priorität des Schuldendienstes im Wege stehen. Das politische Maßnahmenpaket der *Austerity* ist in allen Schuldenkrisen seit den 1970er Jahren ausgepackt und mit gehörigem Druck angewendet worden, zum Zeitpunkt des Schreibens an diesem Artikel mit besonderer Härte in Griechenland.

Die Wirkungen sind ungleichmäßig, ungleichzeitig und disproportional. Gläubiger werden „herausgehauen“, wenn ihre Vermögen gefährdet scheinen, weil Schuldner zahlungsunfähig sind. Schuldner müssen den Schuldendienst leisten, auch wenn alle sozialen Verhältnisse, die für menschliche Sicherheit unverzichtbar sind – wie Gesundheits-, Bildungs- und Rentensystem – zu Bruch gehen. Das war so während der Schuldenkrise der 1980er Jahre in vielen Ländern der damals so genannten Dritten Welt, das wiederholte sich in den von der asiatischen Finanzkrise betroffenen Ländern in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, in Argentinien 2001, in Russland, Brasilien und der Türkei, in den europäischen Schuldnerländern nach 2008. Die Rendite, ohne die Finanzvermögen ihren Wert verlieren und abgeschrieben werden müssten, ist so wichtig, dass auch soziale und politische Formen, wie Walter Benjamin im „Engel der Geschichte“ (1974: 697f) vermerkt, „zertrümmert“ und die Menschen in soziale Unsicherheit, die Gesellschaften ins politische Chaos gestürzt werden. Es wird versucht, die Form des Geldes zu retten, indem alle sozialen Formen nicht nur informalisiert oder deformiert, sondern demoliert werden. Die Konsequenzen der Rettung von Finanzvermögen in aller Welt durch Demolierung der sozialen Formen in einem konkreten Land können in Griechenland studiert werden. Das möglicherweise ist mit dem

Begriff „Prekarisierung“ gemeint. Norm ist auch für und in Griechenland die Wettbewerbs- und daher die Schuldendienstfähigkeit des „Standorts“.

Doch ist diese Norm schwer oder gar nicht erreichbar. Dann bietet es sich an, wie bei Aschenputtels eitler Schwester die Ferse abzuschneiden, um den Fuß an den durch den Königswunsch normierten Schuh anzupassen. So verfahren auch IWF und europäische Institutionen wie EZB und EU-Kommission (die berüchtigte Troika). Sie verlangen die Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen, in aller Regel also die Deformierung von sozialen und politischen Formen von Arbeit und Leben, um der globalen Norm der Wettbewerbsfähigkeit Genüge zu tun. Auf der Strecke bleiben eine lädierte Gesellschaft, ein zerfallender Staat, die Sicherheit von Leib und Leben, die Ernährungssicherheit, Sicherheit der Wasserversorgung und -entsorgung, Sicherheit gegen Gewalt, Sicherheit des rechtlichen Gehörs. Für diese Entwicklung hat Zygmunt Baumann (2000: 77) den treffenden Rat parat: „Sobald Gesellschaften keine Stadtmauern und -gräben mehr bauen und instandhalten, muss jeder einzelne Bewohner der Stadt Karatekurse besuchen.“

## **5. Ausblick: Die Transformation der Informalität**

Die informelle Ökonomie oder die informelle Arbeit in der formellen Wirtschaft sind also in Bewegung; sie unterscheiden sich in der Zeit ebenso wie im globalen Raum. Hier können nur fünf Tendenzen eines – wie sich sagen ließe – Formwandels der Informalität angedeutet werden.

Erstens erzeugen die Reaktionen auf Zustände der Unsicherheit ihrerseits informelle Verhältnisse: Arbeit, die sich nur schwer an formelle Regeln halten kann, z.T. weil es sie gar nicht gibt; Geld, das nicht durch äquivalenten Tausch legaler Waren erworben wird, sondern gestohlen ist oder aus kriminellen Geschäften stammt und daher „gewaschen“ werden muss; Sicherheitsdienste, die öffentliche Sicherheit privatisieren und dabei erneut Unsicherheit bei den nicht Geschützten erzeugen (vgl. dazu ausführlich Altvater/Mahnkopf 2002: Kap. 6-10; Ruggiero 2010; Beckert/Wehinger 2012). Bezogen auf menschliche Sicherheit kann Informalität also einen spiralförmigen Kreislauf auslösen: Informalität bringt neue, gesteigerte Informalität und Unsicherheit hervor – und häufig auch Kriminalität.

Zweitens hat die zunehmende Bedeutung der „digitalen Wirtschaft“ Auswirkungen auf die Dynamik der Informalität. Neue Jobs (der Begriff „Arbeitsplatz“ verbietet sich wegen der geografischen Ortlosigkeit) entstehen in der „cloud“, und dort gelten jene formellen Regeln, die Informalität negativ definieren, bislang nicht (vgl. Huws 2003, 2015). *Crowd-* oder *Clickworker* wickeln Projekte über Internetplattformen ab, ohne dabei eine explizite Vertragsbeziehung einzugehen, zumal die Firmen, die Aufträge ausschreiben und die „Solo-Selbständigen“, die sie abarbeiten, gar nicht in physischen Kontakt treten müssen. Hier sind alle Formen des Lohnarbeitsverhältnisses in Auflösung: der Arbeitsvertrag, ein Mindestlohn, die soziale Absicherung und Schutzbestimmungen für die Arbeit. Freilich ist digitale Arbeit genauso schweißtreibend wie materielle oder intellektuelle Arbeit und bedarf daher angepasster Schutzmechanismen, die, wenn sie fehlen, in die digitale Unsicherheit führen. Entsprechend unsicher ist die soziale Lage (Reich 2015). Die Bemühungen zur Absicherung der *Clickworker* hat gerade erst begonnen (vgl. die Artikelserie im April 2015 in der Berliner Zeitung: [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de), die von der IG Metall eingerichtete Webpage: [www.faircrowdwork.org](http://www.faircrowdwork.org), die Webpage von ver.di: [www.cloudworker-beratung.de](http://www.cloudworker-beratung.de) oder die Bemühungen der „Freelancers Union“: [www.freelancersunion.org](http://www.freelancersunion.org)).

Während hier die Informalisierung der Arbeit den Tendenzen der Digitalisierung und daher einer Dematerialisierung und dem damit einhergehenden Formwandel der Arbeitsprozesse geschuldet ist, können drittens auch die Naturgesetze der materiellen Produktion den Formwandel in Richtung Informalisierung der Arbeit und Prekarisierung der Lebenslage bewirken. Das zeigt sich etwa beim Materialrecycling und im Bergbau, wenn dieser den Höhepunkt der Erzförderung überschreitet. Beim Recycling von kostspieligen Metallen aus Elektronikschrott (Handys, PCs, Fernseher etc.) kommen entweder moderne Hightechunternehmen zum Zuge, die zumeist in Industrieländern angesiedelt sind (vgl. dazu Müller 2015: 81ff), oder billige Arbeitskräfte in manchen Ländern des globalen Südens (Nigeria, Bangladesch, Pakistan, China etc.). In den Industrieländern wird das *Urban Mining* modernen Firmen des formellen Sektors überlassen, die die entsprechende Technologie zur Wiedergewinnung kostbarer Metalle beherrschen – und davon gibt es nur wenige Firmen in der Welt, wie Müller (ebd.) vermerkt. Manche Rohstoffe aber lassen sich auch

durch informelle Arbeit von MüllsammlerInnen, darunter häufig Frauen und Kinder (Scheinberg 2012), wiedergewinnen. Die MüllsammlerInnen von heute sind die Bergleute von einst. Sie extrahieren jene Produkte, die als Rohstoff für weitere Verarbeitungsstufen in der formellen industriellen Ökonomie dienen. Wie Kohle oder Eisenerz hinterlässt auch *Urban Mining* viel Abraum, also einen eher großen ökologischen Fußabdruck. Die Bedeutung der Müllsammlung wird in Zukunft zunehmen, ebenso wie die des informellen Kleinbergbaus, nachdem die Ergiebigkeit von Erzminen mit der Annäherung an den „Peak Everything“ (Heinberg 2011) abnimmt. Da lohnt es sich, so Ugo Bardi (2013), die Bergwerke und deren Abraum durch die billigen Informellen „stoppeln“ zu lassen, vergleichbar den Kartoffeläckern nach dem Krieg, wenn sie von Frauen nochmals durchwühlt wurden, nachdem sie vom Bauern mit seinen Erntemaschinen bereits abgeerntet worden waren.

Den mächtigsten Schub in Richtung Informalisierung der Arbeit und Unsicherheit der Lebensführung haben in den vergangenen Jahrzehnten jedoch viertens die periodischen Finanz- und Schuldenkrisen ausgelöst. Da das Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel die Gesellschaften in GeldvermögensbesitzerInnen und SchuldnerInnen spaltet, ist die Betroffenheit durch die Krise ungleichmäßig. Wenn die Schulden, wie in allen Krisen üblich, sozialisiert werden, muss auch der Schuldendienst aus dem öffentlichen Haushalt an die Gläubiger, zumeist private Banken oder Fonds, geleistet werden. Die Arbeitslosigkeit nimmt daher in den Krisenländern zu, und die Leistungen und Einrichtungen des Sozialstaats werden beschnitten. Das institutionelle Gerüst der menschlichen und der sozialen Sicherheit wird dabei so brüchig, dass es nicht mehr funktioniert. Arbeitsplätze werden vernichtet, Löhne, Gehälter und Transfereinkommen gehen verloren. Gemeingüter und soziale Dienstleistungen sind für eine Kompensation unzureichend.

In einer solchen dramatisch zugespitzten Situation bietet die informelle Ökonomie keine dauerhafte Alternative zur formellen Beschäftigung. Dann wachsen fünftens Alternativen einer gesellschaftlichen Transformation. In Lateinamerika sind in der Schuldenkrise der 1980er Jahre Genossenschaften einer sogenannten Solidarischen Ökonomie entstanden, ebenso wie in Argentinien zwei Jahrzehnte später oder in Russland während der Krise von 1998. Vergleichbare Initiativen gibt es

auch in Griechenland nach 2008 oder im arabischen Raum im Gefolge der Umwälzungen der Arabellion. Hier deuten sich Tendenzen an, die über den Unterschied der formellen und informellen Ökonomie und Arbeit, der ja im Koordinatensystem von Kapital und Profit, von Lohn und Leistung verortet ist, in Richtung eines Archipels der „moralischen Ökonomie“ (Thompson 1980) weisen, die nicht mehr den Sachzwängen eines „entbeteten Marktes“ gehorcht (Polanyi 1978), sondern auch Kriterien von Moral und Solidarität beachtet.

Charakteristisch für die Dynamik, der die informelle Ökonomie unterliegt, könnte also eine Verzweigung sein: zum einen in Richtung wachsender Unsicherheit und Kriminalisierung und zum anderen in Richtung einer solidarischen, kooperativen Wirtschaft. *Hic Rhodus, hic salta*.

## Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bardi, Ugo (2013): Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen. München: Oekom.
- Baumann, Zygmunt (2000): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg: Hamburger Edition.
- Beckert, Jens/Wehinger, Frank (2012): In the Shadow: Illegal markets and Economic Sociology. In: Socio-Economic Review 11 (1), 5-30.
- Benjamin, Walter (1974): Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser Abhandlungen. Über den Begriff der Geschichte. Band 1.2. IX. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brenke, Karl (2013): Alleintätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringe Einkommen. In: DIW Wochenbericht 7, 3-16.
- Castels, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Cooke, Fang Lee (2008): Labour Market Regulations and Informal Employment in China: To What Extent Are Workers Protected? Paper presented at the Third China Task Force Annual Meeting, Manchester, 25th–26th June.
- Davis, Mike (2007): Planet of Slums. London/New York: New Left Books.
- de Soto, Hernando (1990): The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World. New York: Harper & Row.

- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300, 17. Wahlperiode, 03.05.2013.
- Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press.
- Geremek, Bronislaw (1988): *Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa*. München/Zürich: Artemis.
- Gosh, Jayati (2010): *Poverty Reduction in China and India. Policy Implications of Recent Trends*. DESA Working Paper No. 92. [www.un.org/esa/desa/papers/2010/wp92\\_2010.pdf](http://www.un.org/esa/desa/papers/2010/wp92_2010.pdf), 02.05.2015.
- Granovetter, Mark (1973): *The Strength of Weak Ties*. In: *American Journal of Sociology* 78 (6), 1360-1380.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA.
- Heinberg, Richard (2011): *The End of Growth. Adapting to Our New Economic Reality*. Gabriola Island, BC/Canada: New Society Publishers.
- Hermann, Christoph/Mahnkopf, Birgit (2010): *Still a Future for the European Social Model?* In: *Global Labour Journal* 1 (3), 314-330.
- Hirschman, Albert (1981): *Exit, Voice and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations and States*. Cambridge/Mass.: Harvard University Press.
- Huang, Philip C.C. (2009): *China's Neglected Informal Economy. Reality and Theory*. In: *Modern China* 35 (4), 405-438.
- Huang, Philip C.C. (2011): *The Neglected and Practical Implications of China's Development Experience. The Role of Informal Economic Practices*. In: *Modern China* 37 (1), 3-43.
- Huws, Ursula (2003): *The Making of a Cybertariat? Virtual Work in a Real World*. New York: Monthly Review Press.
- Huws, Ursula (2015): *Widersprüche der digitalen Ökonomie*. In: *Z. – Zeitschrift für Marxistische Erneuerung* 103 (26), 15-28.
- ILO (2004): *Economic Security for a Better World. Programme on Socio-economic Security*. Genf: ILO.
- ILO (2014): *Global Employment Trends 2014: The Risk of a Jobless Recovery*. Genf: ILO.
- ILO (2015): *World Employment and Social Outlook – Trends 2015*. Genf: ILO.
- Komlosy, Andrea (2014): *Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13.–21. Jahrhundert*. Wien: Promedia.
- Mahnkopf, Birgit (2003): *Vom Verlust sozio-ökonomischer Sicherheit in Zeiten der Globalisierung*. In: Mahnkopf, Birgit (Hg.): *Globale öffentliche Güter – für menschliche Sicherheit und Frieden*. Berlin: BWV, 83-104.
- Mahnkopf, Birgit (2008): *Privatisation of Public Services in the EU: an Attack on Social Cohesion and Democracy*. In: *Work, Organisation, Labour & Globalisation* 2 (2), 72-84.

- Mahmud, Tayyab (2011): „Surplus Humanity“ and the Margins of Legality: Slums, Slumdogs, and Accumulation by Dispossession. *Chapman Law Review* 14. [http://digitalcommons.law.seattleu.edu/faculty?utm\\_source=digitalcommons.law.seattleu.edu%2Ffaculty%2F74&utm\\_medium=PDF&utm\\_campaign=PDFCoverPages](http://digitalcommons.law.seattleu.edu/faculty?utm_source=digitalcommons.law.seattleu.edu%2Ffaculty%2F74&utm_medium=PDF&utm_campaign=PDFCoverPages); 02.05.2015.
- Marx, Karl (1953): *Das Kapital*, Bd.1. In: *Marx-Engels Werke* 23. Berlin: Dietz.
- McMichael, Philip (2005): *Global Development and the Corporate Food Regime*. In: Buttell, Frederick H./McMichael, Philip (Hg.): *New Directions in the Sociology of Global Development*. Bingley/UK: Emerald Group Publishing, 265-299.
- Müller, Axel (2015): *Urban Mining von elektronischem Abfall – Herausforderungen aus der Sicht eines Geologen*. In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin* 120, 81-96.
- OECD (2009): *Is Informal Normal? Towards more and better jobs in developing countries*. Paris: OECD.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reich, Robert (2015): *The Upsurge In Uncertain Work*. In: *Social Europe*, [www.socialeurope.eu/2015/08/the-upsurge-in-uncertain-work/](http://www.socialeurope.eu/2015/08/the-upsurge-in-uncertain-work/), 25.08.2015.
- Ricardo, David (1817/1959): *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung*. Berlin: Akademie Verlag.
- Ruggiero, Vincenzo (2010): *Organized Crime. Between the Informal and the Formal Economy Working Paper No 4*. Global Consortium on Security Transformation. [www.securitytransformation.org/gc\\_publications.php](http://www.securitytransformation.org/gc_publications.php), 02.05.2015.
- Scheinberg, Anne (2012): *Informal Sector Integration in High Performance Recycling: Evidence from 20 cities*. WIEGO Working Papers No 23. March 2012. [http://wiego.org/sites/wiego.org/files/publications/files/Scheinberg\\_WIEGO\\_WP23.pdf](http://wiego.org/sites/wiego.org/files/publications/files/Scheinberg_WIEGO_WP23.pdf), 02.05.2015.
- Standing, Guy (2011): *The Precariat. The New Dangerous Class*. London: Bloomsburg.
- Thompson, Edward P. (1980): *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Ullstein.
- Thompson, Edward P. (1987): *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- UN- HABITAT (2003): *The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlement 2003*. London: UN-HABITAT.
- UNDEP (2014): *Human Development Report 2014: Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience*, UNDP. <http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-report-en-1.pdf>, 02.05.2015.

## Abstract

Der Beitrag befasst sich mit den Schattenseiten von Arbeit und Leben in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, speziell mit dem Formwandel der Arbeit. Wie kam es zur Herausbildung von Lohnarbeit, wie ist diese dann so normiert worden, dass von einem Normalarbeitsverhältnis gesprochen werden kann, und wie ist zu erklären, dass die sozialen Formen dieser Normalität aufgelöst worden sind und inzwischen 60 Prozent der globalen Arbeitskräfte „informelle Arbeit“ leisten? Dafür ist die Globalisierung mit ihrem Wettbewerbsdruck auf alle „Standorte“ verantwortlich. Um Kosten zu senken, werden Regeln dereguliert und die Formen der Arbeit aufgelöst, die menschliche und soziale Sicherheit und auch so etwas wie würdige Arbeit vermittelt haben. Arbeit wird also „informalisiert“, und nicht zufällig ist seit den 1970er Jahren in den Sozialwissenschaften die Rede von informeller Arbeit. Sehr häufig, aber durchaus nicht immer und notgedrungen, landen informell Arbeitende in prekären Verhältnissen.

This article deals with the dark side of work and life in modern capitalist society, especially with the changing nature of work. What has led to the emergence of wage labour? How has it been normalised so that one can speak of ‘standard employment’? How to explain the fact that social standards have been dissolved and that now 60 percent of the global workforce do ‘informal work’? This is the result of globalisation, with its competitive pressure on all ‘locations’. To reduce costs, rules are deregulated and standard forms of work are dissolved, encompassing rules and forms which had previously provided social security, as well as something like decent work. Labour is ‘informalised’ and social scientists are thus, not coincidentally, talking about the informal sector, informal work, and the informal economy from the 1970s onward. It is the case that very often, albeit not always and inevitably, informal workers end up in precarious conditions.

Birgit Mahnkopf  
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin  
mahnkopf@hwr-berlin.de

Elmar Altvater  
Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin  
elmar.altvater@fu-berlin.de